

Antisemitischer Terror am Bosphorus

Die Anschläge auf die Neve Shalom Synagoge und die Bet Israel Synagoge in Istanbul zeigten einmal mehr die Globalisierung des antisemitischen Terrors.

von Thomas Schmidinger

Bei den Anschlägen gegen die beiden Synagogen in Istanbul am 15. November und den zwei Anschlägen gegen das Britische Konsulat und die HSBC-Bank in Istanbul am 29. November kamen nach offiziellen Angaben insgesamt 61 Menschen ums Leben und über 700 wurden verletzt. Der Terror richtet sich damit einerseits gegen Jüdinnen und Juden, aber auch gegen eine kosmopolitische Weltstadt die mit ihrer Vielfalt und Weltoffenheit keinen Platz im Weltbild islamistischer Fanatiker hat.

Die Türkei stellt gemeinsam mit dem Iran einen der letzten islamischen Staaten dar, in dem es eine große jüdische Minderheit gibt. Die jüdischen Gemeinden der Türkei, die heute noch über 30.000 Mitglieder zählen, blicken auf eine Geschichte zurück, die bis in die Antike reicht. Bereits in Ausgrabungen römischer Städte wurden antike Synagogen gefunden. Die kleinen jüdischen Gemeinden des osmanischen Reiches erlebten jedoch v.a. nach der großen Vertreibung der jüdischen Bevölkerung nach der Eroberung des letzten islamischen Staates auf der iberischen Halbinsel, 1492, ihren bedeutendsten Zustrom. Unter den Sultanen Bajazid, Selim und Suleiman wurde den jüdischen Flüchtlingen nicht nur Asyl geboten, sondern auch religiöse und ökonomische Entwicklungsmöglichkeiten und Freiheiten eingeräumt. Bereits 1574 beherbergte Istanbul rund 30.000 Jüdinnen und Juden, von denen die Mehrheit Nachkommen von Vertriebenen aus Spanien und Portugal darstellen. Der aus Portugal vertriebene Samuel Usque schwärmte in seinem Buch „Trost für die Unterdrückungen Israels“ vom „großen Türkenreich“, das sich „grenzenlos wie die umspülenden Meere“ vor ihm auftat: „Offen stehen vor dir, du Sohn meines Volkes, die Tore der Freiheit: Ohne Scheu darfst du dich zu deinem Glauben bekennen, du kannst ein neues Leben beginnen, das Joch das dir von den Völkern aufgezwungenen verkehrten Lehren und Bräuche abschütteln und zu der uralten Weisheit deiner Vorfahren zurückfinden.“ Im gesamten Osmanischen Reich entstanden neue Gemeinden, die weiterhin die alte Sprache aus Spanien, das Ladino, pflegten, neue Synagogen errichteten und eine geistige Blüte erlebten. Das Zentrum dieser blühenden jüdischen Gemeinden stellte Istanbul, die kosmopolitische Metropole am Bosphorus dar. So vielfältig wie die Stadt selbst, ist jedoch auch die jüdische Gemeinde Istanbul. Waren Teile der alten griechischsprachigen jüdischen Gemeinde seit dem 16. Jahrhundert in den zahlenmäßig bedeutenderen sephardischen Zuwanderern aufgegangen, so wanderten auch italienische und aschkenasische Jüdinnen und Juden in die Metropole des Osmanischen Reiches ein. Seit 1831 gab es in Istanbul eine eigenes aschkenasisches Bethaus. Im September 1900 wurde der „Österreichische Tempel“ eingeweiht, der noch heute noch die aschkenasische Gemeinde beherbergt. Neben den rabbinischen jüdischen Gemeinden existierte in Istanbul auch eine heute nur mehr gut hundert Mitglieder zählende karäische Gemeinde mit einer eigenen Synagoge und einem eigenen Friedhof.

Auch ausserhalb Istanbul existierten im Osmanischen Reich blühende jüdische Gemeinden. In der heutigen Türkei sind davon allerdings nur die einige Tausend Mitglieder zählenden Gemeinde in Izmir und die viel kleineren Gemeinden in Ankara und Bursa geblieben. Reste jüdischer Gemeinden gibt es zudem noch in den Provinzen Hatay und Gaziantep. Von der ehemals großen Gemeinde in Edirne sind nur wenige Familien geblieben. Die große

Synagoge steht leer und verfällt.

Wenn damit auch die Gemeinde in Edirne den dramatischsten Niedergang erlebt hat, so haben auch andere jüdische Gemeinden in den letzten Jahrzehnten viele Mitglieder verloren. In den letzten Jahrzehnten sind auch Jüdinnen und Juden aus Istanbul nach Israel und in die USA ausgewandert. Immer häufiger werden zudem Mischehen geschlossen. Die Kinder aus diesen Ehen sehen sich nur selten als Jüdinnen oder Juden. Die Sprache der sephardischen Jüdinnen und Juden, das Ladino wird fast nur noch von der älteren Generation beherrscht. Verglichen mit anderen Staaten mit mehrheitlich islamischer Bevölkerung kann dieser Rückgang jedoch nicht als dramatisch betrachtet werden. Während in den meisten arabischen Staaten die jüdischen Gemeinden nur noch aus wenigen hundert meist alten Menschen bestehen oder schon völlig zusammengebrochen sind, gibt es in der Türkei noch ein aktives Gemeindeleben mit fast vierzig Synagogen, zwanzig davon in Istanbul. In Istanbul erscheint eine jüdische Zeitung, die auch eine Seite in Ladino publiziert. Insgesamt existieren in der Türkei zudem 19 jüdische Stiftungen und fünf jüdische Schulen. Die Türkische Republik scheint als Schutzmacht für ihre jüdische Bevölkerung in die Fußstapfen des Osmanischen Reiches getreten zu sein. Nicht nur die Beziehungen zur eigenen jüdischen Bevölkerung scheinen ungetrübt. Die Türkei stellte auch das erste islamische Land dar, das Israel anerkannte und schließlich zu dessen engstem ökonomischen Partner und militärischen Verbündeten wurde. Auch die neue „islamische“ AKP-Regierung hat dieses Bündnis nie in Frage gestellt.

Allerdings stellte auch das Osmanische Reich und die spätere Türkische Republik nicht nur ein Paradies für Jüdinnen und Juden dar. Zur bedeutendsten Krise im Verhältnis der osmanischen Herrscher zu ihren jüdischen Untertanen kam es im 17. Jahrhundert, als mit Sabbatai Zwi ein als Massias verehrter Mann die jüdischen Gemeinden Salonikis, Iszmirs und Istanbuls in Unruhe versetzte. Sabbatai Zwi konvertierte mit seinen Anhängern schließlich unter Druck des osmanischen Sultans zum Islam. Im Geheimen praktizierten seine Gefolgsleute jedoch weiterhin ihre jüdische Religion und ihren Glauben an den Messianismus Sabbatai Zwis. Von der muslimischen Bevölkerung skeptisch als „Dönme“ („sich wendende“) bezeichnet, wurden sie im zwanzigsten Jahrhundert immer wieder zu einer der Hauptprojektionsfläche für Antisemitismus in der Türkei. Da sie äußerlich nicht von den Muslimen zu unterscheiden waren, konnten unliebsame Muslime jederzeit als Dönme denunziert werden. So betrachten islamistische Gruppen in der Türkei heute oft sogar Mustafa Kemal als Dönme, da es für sie unvorstellbar erscheint, dass ein Muslim den strikten Laizismus der Türkischen Republik durchgesetzt habe.

In einem Gespräch mit VertreterInnen der jüdischen Gemeinde in Istanbul, im Sommer 2001 wurde mir erklärt, dass sich antisemitische Tiraden islamistischer Zeitungen heute kaum offen gegen Juden, hingegen meist gegen (vermeintliche) Dönme richten. Laizistische Politiker würden kurzerhand zu Dönme erklärt, womit deren vermeintliche Feindschaft zum Islam erklärt würde. Als jüdische Gemeinde fühlten sich die Juden Istanbuls damals jedoch noch sicher. Dabei betonten meine GesprächspartnerInnen die guten Beziehungen zur türkischen Regierung und zur laizistischen Gesellschaft. Probleme gäbe es nur mit kleinen fanatischen islamistischen Gruppen, wie der türkischen Hisbollah. Für politisch relevant wurden diese jedoch nicht gehalten. Tatsächlich können Gruppen wie die Hisbollah oder die „Frontkämpfer für einen islamischen Osten“ (IBDA-C) kaum über eine Basis in der türkischen Gesellschaft ausweisen. Insbesondere in der Weltstadt Istanbul finden diese extremistischen Gruppierungen kaum über eine AnhängerInnenschaft. Etwas anders liegen die Dinge jedoch im Osten um die türkisch-kurdische Kleinstadt Bingöl, aus der auch die Attentäter der jüngsten Anschläge in Istanbul stammen. Hier, wo seit der Mitte der Achtzigerjahre der Bürgerkrieg zwischen der Kurdischen Arbeiterpartei PKK und der türkischen Armee tobte,

hatte die türkische Regierung lange Zeit die Hisbollah und die IBDA-C geduldet und teilweise sogar gefördert. Beide Gruppierungen wurden gemeinsam mit konservativen kurdischen Familienclans als Konterguerilla gegen die PKK und andere, kleinere linke Guerillagruppen gefördert. In ihren kriminellen und terroristischen Methoden unterschieden sich dabei die türkische Hisbollah und die IBDA-C nicht. Die Differenz bildete lediglich das Verhältnis zur Schia. Während die IBDA-C eine strikt antischiitische sunnitische Gruppierung darstellte, akzeptierte die ebenfalls sunnitische Hisbollah auch Unterstützung aus dem Iran. Der Hass auf Schiiten oder Aleviten, einer aus der Schia hervorgegangenen und in Anatolien weit verbreiteten heterodoxen Strömung des Islam, spielte v.a. bei der IBDA-C eine wichtige Ergänzung zu ihrem Antisemitismus. Diese antischiitische Ausrichtung verbindet die „Frontkämpfer für einen islamischen Osten“ mit der ebenfalls strikt antischiitischen al-Qaida, die bereits im Februar 1998 die Gründung einer „Internationalen Islamischen Front für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler“ bekannt gab. Usama bin Laden und Ayman al-Zawahiri, die die Gründung dieser islamistischen Internationale in Afghanistan bekannt gaben, umgaben die eigentlich arabische al-Qaida so mit einem Ring gihadistischer Organisationen, deren Kern meist Afghanistankämpfer von Indonesien bis in den Maghreb bildeten. Das so entstandene gihadistische Internationale scheint weniger eine stramm organisierte Kaderorganisation zu sein, als ein Netzwerk lose zusammenarbeitender Gruppen. Die Vermutung oder Hoffnung der türkischen Regierung, die türkischen Islamisten wären alleine zu einer solchen Terrorserie nicht fähig gewesen und al-Qaida müsse somit ihre Hände im Spiel gehabt haben, mag etwas für sich haben. Ohne die einst geförderten „eigenen“ Gruppen, hätte al-Qaida jedoch kaum über die notwendigen lokalen Stützpunkte verfügt, die zur unauffälligen Vorbereitung solcher Anschläge notwendig sind. Welche Hintergründe auch immer nach der Identifizierung der Selbstmordattentäter und der Verhaftung von Yusuf Polat, einer der mutmaßlichen Drahtzieher der Anschläge, noch an die Öffentlichkeit dringen mögen: Die laizistischen türkischen Militärs werden sich ähnliche Fragen gefallen lassen müssen, wie die USA nach dem dem 11. September. Warum wurden in den Achzigerjahren Gruppen gefördert, die sich nun so mörderisch gegen ihre Einstigen Unterstützer wenden und wie lässt sich die gefährliche Logik, dass der Feind des Feindes immer der Freund sein müsse endlich durchbrechen?

Diese Logik trug dazu bei, die Bevölkerung Istanbuls in Angst und Schrecken zu versetzen und bei den jüdischen Gemeinden der Türkei eine nachhaltige Verunsicherung zu hinterlassen. So sehr sich die türkischen Juden der öffentlich bekundeten Solidarität der türkischen Öffentlichkeit sicher sein konnten, so tief sitzt die Angst eine kleine aber gut organisierte Minderheit mörderischer Fanatiker könnte es auf weiter jüdische Einrichtungen abgesehen haben. Wer die engen verwinkelten Straßen von Galata kennt, weiss, dass nicht nur die Neve Shalom Synagoge, sondern auch die anderen dort liegenden Synagogen, darunter auch die italienische und österreichische Synagoge, letztlich nicht ausreichend vor Selbstmordattentaten geschützt werden können ohne ganze Straßenzüge zu sperren. Auch die Bet Israel Synagoge in Sisli liegt in einer kleinen Gasse im dicht verbauten Gebiet. Istanbuls Synagogen sind untrennbare Teile der Stadt. Genauso wenig wie sie ausreichend zu bewachen sind, sind Anschläge auf die Synagogen auf diese zu beschränken. So wurden bei den Anschlägen vom 15. November auch sehr viele muslimisch Nachbarn ermordet. Es bleibt zu hoffen, dass die Angehörigen der ermordeten Nachbarn das Sicherheitsrisiko nicht in der Anwesenheit einer Synagoge sehen, sondern in jenem mörderischen Antisemitismus, der sich eben auch gegen den weltoffenen Geist dieser Stadt richtet und damit auch Muslime und Christen gefährdet.